

Arbeitslosigkeit bekämpfen Sozialabbau stoppen Reichtum besteuern

Die politischen Rezepte von CDU, SPD, Grüne, FDP und Unternehmerverbänden haben versagt - und zwar gründlich.

Ob Gesundheitsreform, Steuerreform, Hartz IV, Agenda 2010 oder Rentenreform, immer ist am Ende das Gegenteil von dem herausgekommen, was vorher versprochen wurde.

Es gibt noch mehr Arbeitslose und noch mehr Armut in diesem reichen Land. Alle Kürzungsprogramme und Privatisierungen haben die öffentlichen Kassen nicht saniert, sondern noch tiefer in die roten Zahlen gedrückt.

Zehntausende Jugendliche stehen nach ihrem Schulabschluss vor einer ungewissen Zukunft, oft ohne einen Ausbildungsplatz, fast immer ohne Aussicht auf eine feste Anstellung nach der Lehre. Eine ganze Generation älterer Menschen, die eigentlich noch jung sind, steht nach zwanzig, dreißig Jahren Arbeit plötzlich mit leeren Händen da. Die Armut und Abhängigkeit von Frauen nimmt dramatisch zu, Hartz IV ist Armut auf Gesetz.

Aktuelle Zahlen zur Erwerbslosigkeit

Bundesrepublik gesamt	5,2 Mill.	
NRW ges.	1,08 Mill	13,5 %
Ruhrgebiet	362103	17,4 %
Dortmund	64961	20,0 %
Gelsenkirchen	47456	26,2 %
Essen	46966	18,6 %
Köln	68078	14,9 %
Paderborn	24671	12,4 %

Diese Politik ist kein Zufall oder Versagen einer Politik, die eigentlich etwas ganz anderes will. CDU und FDP wollten diese organisierte soziale Ungleichheit schon immer. Neu ist, dass SPD und Grüne sich der neoliberalen Allianz bewusst angeschlossen haben. Sie verkaufen neuerdings „soziale Ungleichheit“ und Aufkündigung der Solidarität der Starken mit den Schwachen als moderne Sozialpolitik, die wieder Schwung in den Freizeitpark Deutschland bringen soll. Millionen Menschen haben diesen Schwenk in den letzten Jahren miterlebt und sich angewidert von Rot-Grün abgewendet.

Geld ist genug da

Die Partei **Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)** steht für eine vollständig andere Politik. Der Sozialstaat muss nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden. Die solidarischen Grundlagen der Sozialversicherungen müssen erweitert und nicht zu Gunsten privater Vorsorge zerschlagen werden.

Hunderttausende haben in den letzten Jahren durch Proteste, Streiks, Unterschriftensammlungen und viele kleine Aktionen gezeigt, dass sie eine solche andere Politik wollen. Auch in anderen Ländern der Europäischen Union stehen die Menschen immer mehr und immer wieder auf und zeigen ihre Meinung, dass mit der herrschenden Politik Schluss sein muss. Sie glauben den angeblichen „Sachzwängen“ immer weniger, mit denen die Regierungen ihre unsozialen Maßnahmen rechtfertigen.

Die erste Frage, die uns bei der Vorstellung unserer Alternativen gestellt wird, lautet immer: ‚Wer soll das bezahlen?‘.

Tatsache ist: Insgesamt ist die Gesellschaft in den letzten Jahren nicht ärmer, sondern sogar reicher geworden. Das Privatvermögen in Deutschland ist seit 1998 weiter gewachsen und beträgt ca. 5 Billionen Euro. Aber: die Armen sind in dieser Zeit noch ärmer geworden. Die öffentlichen Kassen sind leer und die Gewinne der großen Unternehmen sind gestiegen. Das ist nicht zufällig geschehen, sondern das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Die Unternehmenssteuern wurden gesenkt, der Spitzensteuersatz ebenfalls.

Allein durch die Reform der Körperschaftssteuer entgehen dem Land NRW jährlich 2-3 Milliarden Euro.

Die Senkung des Spitzensteuersatzes durch die Bundesregierung von 53 Prozent auf 42 Prozent beschert einem Einkommensmillionär jährlich 106.000 Euro zusätzlich, das sind 8800 Euro - jeden Monat.

Das Problem der öffentlichen Haushalte sind nicht die Ausgaben: Die Ausgaben haben sich gemessen am Bruttosozialprodukt in den letzten 25 Jahren nicht erhöht. Das Problem sind die Einnahmen. Wenn die Steuergeschenke zugunsten von Daimler, Siemens, Bayer, Vodafone, Telekom und den Millionären in diesem Lande zurückgenommen würden, wären viele Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Wir stecken nicht in einer Wirtschaftskrise sondern in einer Verteilungskrise.

Reichtumsverteilung Nordrhein Westfalen.

Im November 2004 wurde der Landessozialbericht NRW vorgestellt, der zwar durchweg mit ziemlich alten Zahlen arbeitet, also beschönigt, aber trotzdem deutlich genug ist:

- 31000 Haushalte verfügten über 1 Million Euro oder mehr Vermögen
- 13 % aller Haushalte besitzen überhaupt kein Vermögen und sind verschuldet
- 14,8 % der Bevölkerung gelten als arm (weniger als 605 Euro pro Monat Einkommen)
- 30 % der Armen sind erwerbstätig, ohne ein ausreichendes Einkommen zu erzielen
- Von 234 gültigen Tarifverträgen enthalten 47 Niedriglohngruppen unter 1300 Euro
- Friseure, Gastronomiebeschäftigte, Wachleute verdienen tariflich unter 1000 Euro

Deshalb sagt die WASG

- **Nein zum Sozialabbau**
- **Weg mit Hartz IV**
- **Nein zu Kürzungshaushalten**

Unsere Forderungen:

- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1 % des Vermögens)**
- **Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit hohen Freibeiträgen**
- **Reform der Unternehmensbesteuerung**
- **Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (beim Verkauf von Aktienpaketen etc.)**
- **Besteuerung von Finanztransaktionen und Devisenspekulationen (Tobin-Steuer)**

Arbeitsplätze für alle schaffen

Angeblich können wir uns staatlich finanzierte Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mehr leisten.

Das Teuerste und Widersinnigste ist aber, dass die Gesellschaft auf die Fähigkeiten und die Arbeitskraft von Millionen Menschen verzichtet. Die Gesellschaft würde reicher und nicht ärmer, wenn arbeitsuchende Maurer Schulgebäude sanieren und arbeitslose LehrerInnen Kinder in dann kleineren Klassen unterrichten würden.

Notwendige Arbeit gibt es genug: Straßen und Kanalnetze, Schulen und öffentliche Gebäude in NRW sind fast alle erneuerungsbedürftig. Auch im Umweltschutz mangelt es nicht an Aufgaben, sondern an Investitionen. In den Bereichen Bildung, öffentliche Dienstleistungen, Pflege und Gesundheitswesen muss der Personalabbau der vergangenen Jahre rückgängig gemacht werden. (Im öffentlichen Dienst wurden zwischen 1991 und 2003 1,3 Millionen Arbeitsplätze abgebaut).

Öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme sind kurzfristig durchzuführen. Sie schaffen Nachfrage für die Binnenwirtschaft, für kleine und mittlere Unternehmen.

Das zweite Mittel gegen die Erwerbslosigkeit ist eine schnelle und deutliche Verkürzung der Arbeitszeit. Heute ist die Arbeit ähnlich ungleich und ungerecht verteilt wie das Vermögen. Millionen Menschen haben eine Nullstunden-Woche während die Beschäftigten Überstunden machen und eine faktische Arbeitszeit von weit mehr als 40 Stunden pro Woche haben. Da die Arbeitsproduktivität Jahr für Jahr steigt, pro Beschäftigtem also jährlich mehr an Waren und Dienstleistungen hergestellt werden können, ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich möglich. Die WASG setzt sich auf allen Ebenen für Arbeitszeitverkürzungen ein. Durch eine Initiative für ein neues Arbeitszeitgesetz, durch unsere Mitarbeit in den Gewerkschaften für neue tarifliche Regelungen und durch Beispiel setzende Arbeitszeitverkürzungen in Land und Kommune.

Unsere Forderungen:

- **35 h-Woche bei vollem Lohnausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung**
- **Senkung der Lebensarbeitszeit - Rente ab 60 statt arbeitslos bis 70**
- **Öffentliches Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen**
- **Schaffung von Arbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur**

- **Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, um allen Jugendlichen eine qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung zu ermöglichen**
- **Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst**
- **Schaffung von 1 Million zusätzlicher Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen im öffentlichen Dienst**

Angesichts der Millionen Erwerbslosen haben Regierung und Arbeitgeberverbände eine Politik zu bieten, die für die Betroffenen neben materiellen Verschlechterungen auch noch Hohn und Spott bedeutet. Täglich werden neue Stammtischparolen und intellektuelle Zumutungen von höchster Stelle durch die Medien geschickt. Arbeitszeitverlängerung soll neue Arbeitsplätze schaffen, Abschaffung des Kündigungsschutzes soll vor Entlassungen schützen und möglichst kostenlose Arbeit soll den Aufschwung bringen.

Dummheit und Arroganz der Macht

„Jeder Arbeitnehmer soll 500 Stunden umsonst arbeiten“ (DIHK-Präsident Braun)
 „Wir brauchen einen Systemwechsel in den Köpfen und dabei ist es doch völlig irrelevant, ob ein paar noch reicher werden, als sie es heute schon sind“ (Ex-Arbeitgeberverbandschef Rogowski)
 „Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, ob wir nicht den sozialen Standard spürbar reduzieren sollen, warum reichen nicht 25 Urlaubstage?“ (Ex-Bayer-Chef Schneider)
 „Außer Ostern, Weihnachten und Pfingsten müssen alle Feiertage gestrichen oder auf Sonntage gelegt werden“ (Rogowski)
 „Die IG-Metall war eine Plage und Verdi ist noch eine Plage“ (Rogowski)
 „Die Macht der Gewerkschaften muss zerschlagen werden. ... Wer einen Sumpf trocken legen will, darf die Frösche nicht fragen“ (CDU-Abgeordneter Merz)
 „Zwei Auszubildende sollen sich eine Vergütung teilen“ (BDI-Chef Hundt)
 „... dann kann es sein, dass manche von uns wegen des intensiven Wettbewerbs mit Mittel- und Osteuropa nicht so viel verdienen werden, wie sie in Deutschland zum Überleben brauchen.“ (Deutsche Bank Volkswirt Walther)
 „Nachdem wir den Sozialismus in Ostdeutschland überwunden haben, müssen wir jetzt den Sozialismus in Westdeutschland überwinden“ (derselbe)

Öffentliches Eigentum erhalten

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die öffentlichen Dienstleistungen müssen für alle zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen. Der öffentliche Nahverkehr, die Müllentsorgung, Kultur- und Sportangebote für Alle, Naherholungseinrichtungen, Postdienste und Telekommunikation, gar nicht zu reden von Bildung und Gesundheitsversorgung sind Grundrechte aller Menschen. Diese Dienste sind in den letzten Jahren immer mehr privatisiert worden. Die Bilanz ist eindeutig: die Dienstleistungen werden schlechter und teurer und nur wer entsprechendes Geld hat, kann sie sich leisten. Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten unzumutbar und schlecht ausgebildete Billigkräfte verdrängen Fachleute.

Die WASG setzt sich ein für

- **Den Erhalt des kommunalen und sonstigen öffentlichen Eigentums**
- **Die Rückholung der privatisierten öffentlichen Unternehmen**

Bildung für unsere Zukunft

Bildung ist die Grundlage für Wohlstand und Kultur.

Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen oder Vermögen, Vorbildung, Herkunft und Geschlecht das Recht und den Zugang zur Bildung erhalten.

Die Pisa-Studie belegt, dass in keinem anderen vergleichbaren Staat der Welt der Schulerfolg so stark von Einkommen und Vorbildung der Eltern abhängt wie in Deutschland: Kinder aus ärmeren Familien haben selbst dann kaum eine Chance, wenn sie die gleiche Begabung wie Gleichaltrige aus der Oberschicht mitbringen.

Nur 6 % der Kinder aus Arbeiterhaushalten schaffen es an die Hochschulen – das ist der niedrigste Wert in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Hinzu kommt, dass Deutschland Kinder ausländischer Herkunft weit schlechter fördert als andere Nationen mit einem vergleichbaren MigrantInnenanteil.

Unsere Forderungen:

- **kostenlose Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder aller Altersgruppen**
- **mehr Geld für alle Schulen,**
- **Verbesserung der LehrerInnen-SchülerInnen-Relation an allen Schulformen**
- **Wegfall der Notenvergabe in den ersten Schuljahren und damit Minderung des Leistungsdrucks**
- **Schaffung von Ganztagschulen**
- **Gemeinschaftsschulen statt gegliedertes Schulsystem**

Gesundheit darf keine Ware werden

Gesundheit ist ein für die Existenz der Menschen unverzichtbares Gut, das nicht dem Spiel der Kräfte des Marktes und den finanziellen Möglichkeiten des und der Einzelnen überlassen werden darf. Die so genannte Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist eine der Lügen, mit denen neoliberale Systemänderungen durchgesetzt werden sollen. Der Anteil der Ausgaben zur Gesundheitsversorgung am Bruttosozialprodukt ist seit über 20 Jahren konstant. Das Geld für eine gute Gesundheitsversorgung fehlt, weil die hohe Erwerbslosigkeit und der Ausbau von Minijobs und anderer Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse zu immer weniger Einnahmen führen und weil die private Macht von Pharmaindustrie, Ärztevereinigungen und Versicherungsgesellschaften sich fast ohne Kontrolle am Leid anderer Menschen bereichern kann.

Unsere Forderungen

- **Rücknahme der Praxisgebühr und aller anderen Zuzahlungs- und Selbstbehaltsregelungen**
- **Verteidigung des paritätisch finanzierten Umlagesystems und Ausbau zu einer Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensarten einbezogen werden**
- **Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, deutliche**

Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und letztlich ihre Abschaffung

- **Ausbau von Polikliniken und integrierter Versorgung**
- **Neuordnung der Vergütungssysteme im Medizinbereich und Einführung einer Positivliste für Medikamente**
- **Stärkung der PatientInnen- und Beschäftigtenrechte im Gesundheitswesen**

Für eine umlagenfinanzierte Rente

Die Rentner und Rentnerinnen sind ein besonderes Ziel der gegenwärtigen Umverteilungspolitik. Die Alten sollen buchstäblich „den Löffel abgeben“. Rentenkürzungen, „Nachhaltigkeitsfaktor“, Nullrunden und höhere Krankenkassenbeiträge haben die Alten in der Gesellschaft seit Jahren zu besonderen Opfern gemacht. Die WASG ist gegen eine Privatisierung der Rentenversicherung und gegen eine Anhebung der Altersgrenze. Wir treten für eine allgemeine gesetzliche Rentenversicherung ein, in die alle Erwerbstätigen, einschließlich Selbstständige, Beamte und ParlamentarierInnen mit einbezogen werden.

Keine Nazis in den Landtag – Demokratie ausbauen

Deutschland ist ein Einwandererland, das seit Jahrzehnten eine Politik der Ungleichbehandlung und der Sonderrechte gegen Menschen ohne deutschen Pass verfolgt. Damit wird ausländerfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Gruppen und Parteien ununterbrochen Munition für ihre menschenfeindliche Propaganda geliefert. Die wachsenden Ängste vor sozialem Abstieg und die zunehmende Verachtung vor dem politischen Einheitsbrei aus Berlin und München verstärken zudem den Nährboden der Nazi-Propaganda. Bei den Landtagswahlen in NRW wird im Mai auch die NPD – unterstützt von der neuen rechtsradikalen Einheitsfront in Deutschland – antreten. Die NPD ist eine Bedrohung für alle. Ihr Auftreten, ihre Symbole, ihre Reden erinnern nicht zufällig an das Auftreten der Nazis unter Hitler.

Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen! Wer sämtliche demokratische Freiheiten abschaffen will, für den darf es keinen Freiraum geben. Die WASG ruft dazu auf, sich an Protesten und Demonstrationen gegen die NPD und andere Nazis zu beteiligen. Die WASG steht für den gemeinsamen Kampf von Deutschen und Nichtdeutschen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein. Wir geben der neoliberalen Politik und der Ideologie der Auslese und Konkurrenz auch die Verantwortung für die zunehmende Verrohung und Gewalttätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Unsere Forderungen

- **Gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität oder gar von ihrer „wirtschaftlichen Nützlichkeit“**
- **Für ein Anti-Diskriminierungsgesetz in NRW**
- **Gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte und gegen die verschärfte staatliche Überwachung**
- **Für eine Verbesserung des Informationsfreiheitsgesetzes in NRW**

- **Abschaffung aller Sonderrechte für Nicht-Deutsche**
- **Sprachkurse und Integrationsförderprogramme**
- **Einsatz von MigrantInnen in Behörden und bei der Polizei**
- **Konsequente Bekämpfung aller rechtsradikalen Kräfte**

Wählen gehen - was bringt das?

Die WASG ist gegründet worden, weil es bei Wahlen keine Alternative mehr gab, sondern nur einen Einheitsbrei der Sozialabbau-Parteien. Wir sind parteilich auf der Seite derer, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt sicher müssen, parteilich auf der Seite der Erwerbslosen, parteilich auf der Seite der Opfer des Sozialabbaus. Ihnen wollen wir wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen. Und wir wollen mit der WASG eine Partei aufbauen, die auch außerhalb von Wahlkampfzeiten in und mit den außerparlamentarischen Bewegungen aktiv ist: gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Schöne alte Zeit

Die Zeit, wo auch die SPD noch für eine eigenständige Politik eintrat und sich nicht nur von der CDU-Opposition und den Arbeitgeberverbänden vor sich hertreiben ließ, ist noch nicht so lange her. Auszüge aus dem aktuellen Grundsatzprogramm:

„Arbeitszeitverkürzung ist auch in Zukunft ein wesentlicher Beitrag für mehr Lebensqualität. Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muss die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.“

„Ungeschützte Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Leiharbeit ist zu verbieten. .. Alle Formen der Erwerbsarbeit müssen als Normalarbeitsverhältnisse abgesichert sein.“

Wir wollen bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir erstreben eine emanzipatorische, soziale und demokratische, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft unserer Gesellschaft.

Am 22. Mai für eine andere Politik stimmen!

Am 22. Mai sich selbst wählen!

Am 22. Mai WASG wählen!